

Antragsteller: (Bau-) Unternehmer

Ort, Datum

Telefon- Nr. des Antragstellers

Telefax-Nr. des Antragstellers

Antrag

Antrag - vereinfachtes Verfahren³ - auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung einer Arbeitsstelle an Straßen (§ 45 Abs. 6 StVO)³

I. Antrag

Der oben genannte (Bau-) Unternehmer plant

Arbeiten im Straßenraum (§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StVO)¹

Straßenbauarbeiten (§ 45 Abs. 2 Satz 1 StVO)².

Diese wirken sich auf den Straßenverkehr aus.

Zur **Sicherung der Arbeitsstelle** (Arbeitsbereich) sowie zur **Sicherung und Ordnung des Verkehrs** (Verkehrsbereich) wird deshalb eine verkehrsrechtliche Anordnung beantragt (§ 45 Abs. 6 StVO).

Dazu werden die anliegenden Pläne vorgelegt.

Dazu wird kein Verkehrszeichenplan vorgelegt.

Der Regelplan Nr. ist **ohne** Änderung geeignet.

Anlagen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Regelplan Nr. mit Änderungen | <input type="checkbox"/> Signallageplan mit Signalzeitenplan |
| <input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan Nr. | <input type="checkbox"/> Umleitungsplan |
| <input type="checkbox"/> Lageplan | <input type="checkbox"/> |

1), 2) Zuständigkeit 3) Hinweise siehe Rückseite Satz 1

II. Angaben zur Arbeitsstelle

1. Art der Arbeitsstelle

ortsfest

beweglich

Beschreibung der Arbeiten

z.B. Markierungsarbeiten

2. Lage der Arbeitsstelle

innerorts

außerorts

PLZ, Stadt/Gemeinde, Stadtteil/Gemeindeteil, Straßenname

Straßenklasse und Nummer (z.B. B 27) sowie Lage (z.B. südlich von Stadt)

Genauere Länge der Arbeitsstelle mit genauer Ortsangabe (ggf. getrennt nach Bauphasen)

z.B. von Hausnummer x bis y, von km x bis y, von Straße x bis Straße y

Beschreibung der betroffenen Straßenteile

z.B. gesamte Straße, (Richtungs-) Fahrbahn, Seitenstreifen, Parkstreifen, Radweg, Gehweg

Breiten der betroffenen Straßenteile

verbleibende Breiten

insbesondere Breiten von Behelfsfahrbahnen, Restbreiten von eingeschränkten Fahrbahnteilen

3. Dauer der Arbeitsstelle

Errichtung der Arbeitsstelle

Geplanter bzw. frühester Beginn der Arbeiten

Geplantes bzw. spätestes Ende der Arbeiten

Weitere Detailangaben zum zeitlichen Ablauf

z.B. einzelne Bauphasen, arbeitsfreie Tage

Verteiler:

Vereinfachtes Verfahren (wenn zutreffend, bitte im Antrag "vereinfachtes Verfahren" ankreuzen)

Die zuständige Behörde kann auf Antrag ein vereinfachtes Verfahren für Verkehrsbetriebe, Versorgungsträger, die Deutsche Post AG und für Unternehmer, die im Rahmen von Verträgen für einen längeren Zeitraum mit der Durchführung von Arbeiten im Straßenraum beauftragt sind, festlegen (sog. »Jahresgenehmigungen«). Davon unberührt bietet dieses Formblatt ein »vereinfachtes Verfahren« für alle anderen (Bau-) Unternehmer an, welche geringfügige Arbeitsstellen auf verkehrsschwachen Straßen durchführen. Dazu wird allerdings von dem (Bau-) Unternehmer eine besondere Sorgfalt bei der Ausfüllung des Antrags teils erwartet, da dieser teilweise zum Bestandteil der verkehrsrechtlichen Anordnung werden soll. Denn diese Angaben müssen nach den »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA« in der verkehrsrechtlichen Anordnung enthalten sein.

1. Allgemeines

Von Arbeitsstellen an Straßen gehen besondere Gefahren aus. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) lässt deshalb Arbeitsstellen an Straßen, die sich auf den Straßenverkehr auswirken (Arbeiten im Straßenraum [§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StVO] und Straßenbauarbeiten [§ 45 Abs. 2 Satz 1 StVO]), nur zu, wenn der (Bau-)Unternehmer vor Beginn der Arbeiten von der zuständigen Behörde eine **Anordnung** zur Sicherung der Arbeitsstelle (Arbeitsbereich) und zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs an der Arbeitsstelle (Verkehrsbereich) eingeholt und ausgeführt hat (§ 45 Abs. 6 Satz 1 StVO).

Mit der verkehrsrechtlichen Anordnung wird festgelegt, wie die Arbeitsstelle mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen abzusperren und zu kennzeichnen ist, ob und wie der Verkehr zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist, ferner ob und wie die gesperrten Straßen und Umleitungen zu kennzeichnen sind.

Arbeiten, durch welche die Fahrbahn eingengt wird, bedürfen vorher zusätzlich der Zustimmung der zuständigen Straßenverkehrsbehörde (bei gekennzeichneten Vorfahrtsstraßen) bzw. der Regierung (bei gekennzeichneten Bedarfsumleitungen für den Autobahnverkehr) (§ 45 Abs. 7 Satz 1 StVO).

Mit Arbeiten, welche sich auf den Straßenverkehr auswirken, darf also erst begonnen werden, wenn die Arbeitsstelle sowie die (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen »behördlich genehmigt« und die Sicherungsmaßnahmen ausgeführt worden sind. Sie sind dann zu beenden, wenn die Frist der verkehrsrechtlichen Anordnung abgelaufen ist.

2. Planung der Arbeitsstellen

Arbeitsstellen sind so zu planen, dass ihre Dauer und räumliche Ausdehnung die Verkehrsabwicklung möglichst wenig erschweren. Entfallen vorübergehend Gründe für die Arbeitsstelle oder lassen die Umstände zeitweise Erleichterungen zu, dann soll die Arbeitsstelle für diese Zeit aufgehoben oder eingeschränkt werden. Insbesondere sollen Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverbote, die nur während der Arbeitszeit (z. B. zum Schutz der im Arbeitsbereich Tätigen) erforderlich sind, in der arbeitsfreien Zeit aufgehoben werden.

Bei räumlich längeren Arbeitsstellen ist darauf zu achten, dass - entsprechend dem Baufortschritt - die für den Verkehr wirksame Baustellenlänge und Baustellenbreite möglichst gering gehalten werden.

Arbeiten an verkehrsreichen Straßen sollen nach Möglichkeit in verkehrsschwachen Zeiten ausgeführt werden. Bei Arbeitsstellen von längerer Dauer ist auf Zeiten mit starkem Reiseverkehr, bei Arbeitsstellen von kürzerer Dauer ist auf die Spitzen des Berufs- und Ausflugsverkehrs zu achten.

Als Umleitungsstrecken sollen nur solche Straßen ausgewählt werden, die für die Art und Menge des umzuleitenden Verkehrs genügen und die, wenn notwendig, mit zumutbarem Aufwand für die Umleitung hergerichtet werden können.

Bereits bei der Planung von zeitlich und/oder räumlich größeren Arbeitsstellen sind die Straßenverkehrsbehörde sowie die Polizei frühzeitig zu beteiligen. Soweit in Städten besondere Stellen zur Koordinierung solcher Arbeiten eingerichtet sind, sind diese zu beteiligen.

3. Haftung (Verkehrssicherungspflicht)

Zur Sicherung der Arbeitsstelle ist in erster Linie der (Bau-)Unternehmer, der die tatsächliche Gewalt über die Baustelle hat, verpflichtet. Verantwortlich sind daneben aber auch der örtliche Arbeitsstellenleiter, u. U. sogar der Auftraggeber und der Träger der Straßenbaulast.

Die Verkehrssicherungspflicht des (Bau-)Unternehmers betrifft die gesamte Arbeitsstelle und beginnt bzw. endet, solange der (Bau-)Unternehmer die tatsächliche Gewalt über die Baustelle hat; in der Regel also auch nach Abschluss der Bauarbeiten bis zum Abbau der Sicherungsmaßnahmen.

Die Verkehrssicherungspflicht beruht auf dem Gedanken, dass niemand einen anderen mehr als unvermeidlich gefährden soll. Sie bedeutet, dass jeder, der Gefahrenquellen schafft, die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz Dritter zu treffen hat. Der Verkehrssicherungspflichtige muss in geeigneter Weise alle, aber auch nur diejenigen Gefahren ausräumen oder vor ihnen warnen, die für den Wegebenuutzer, der die erforderliche Sorgfalt walten lässt, nicht oder nicht rechtzeitig erkennbar sind. Grundsätzlich hat sich der Straßenbenutzer den gegebenen Verhältnissen anzupassen und die Straße so hinzunehmen, wie sie sich ihm erkennbar darbietet; eine besondere Verkehrssicherungspflicht beginnt erst dort, wo auch für einen aufmerksamen Straßenbenutzer eine Gefahrenlage entweder völlig überraschend oder nicht ohne weiteres erkennbar ist.

4. Umfang der Sicherungsmaßnahmen

Welche (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht, aber auch des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, erforderlich sind, richtet sich nach den besonderen örtlichen und verkehrlichen Umständen des Einzelfalles. Je größer und schwerer erkennbar eine von der Arbeitsstelle ausgehende Gefahr ist, desto deutlicher müssen die Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte, der Geräte und der Maschinen in der Arbeitsstelle selbst, sowie zum Schutz der Verkehrsteilnehmer (Kraftfahrzeugverkehr, Radverkehr, Fußgängerverkehr usw.) sein. Die Verkehrssicherungspflicht entbindet deshalb auch nicht den (Bau-) Unternehmer ständig in eigener Verantwortung zu prüfen, ob die behördlich angeordneten (verkehrsrechtlichen) Maßnahmen ausreichen. Stellt sich vor oder während der Arbeiten heraus, dass die angeordneten (verkehrsrechtlichen) Maßnahmen nicht (mehr) ausreichend sein könnten, muss er unverzüglich bei der zuständigen Behörde - bei Gefahr in Verzug bei der Polizei - eine ergänzende verkehrsrechtliche Anordnung einholen.

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (einschließlich der damit verbundenen Gebote und Verbote) können durch bauliche Leitelemente (z. B. Leitborde, Leitwände) oder andere Warneinrichtungen (z. B. Warnfahnen, Warnbänder, Warnposten) unterstützt oder ergänzt werden. Diese sonstigen Maßnahmen bedürfen keiner verkehrsrechtlichen Anordnung auf Grundlage der StVO. Von ihnen geht jedoch auch keine unmittelbare rechtliche Wirkung auf das Verkehrsverhalten aus. Sie können daher angeordnete oder erforderliche Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen regelmäßig nicht ersetzen.

5. Aufstellung von Verkehrszeichenplänen

Der (Bau-)Unternehmer ist grundsätzlich verpflichtet, dem Antrag zur Sicherung der Arbeitsstelle einen Verkehrszeichenplan, ggf. auch einen Umleitungsplan¹ (bei Verkehrsleitungen) sowie einen Signallageplan und Signalzeitenplan¹ (bei Lichtzeichenregelung) beizugeben. Diese Pläne sind unter Beachtung der Vorschriften der StVO, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO sowie den »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA«, den »Richtlinien für Umleitungsbeschilderungen- RUB« sowie den »Richtlinien für Lichtsignalanlagen- RILSA« aufzustellen.

Die »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA« enthalten zur Arbeitserleichterung, abgestimmt auf Standardsituationen, Regelpläne². Ein geeigneter Regelplan kann dann, wenn es die besonderen örtlichen und verkehrlichen Umstände zulassen, unverändert übernommen werden. Auch kann ein grundsätzlich geeigneter Regelplan als Grundbaustein für einen eigenen Verkehrszeichenplan verwendet werden. Nur wenn die besonderen örtlichen und verkehrlichen Umstände nicht unerheblich von den Standardsituationen abweichen, ist die Aufstellung eines eigenen Verkehrszeichenplanes z. B. auf Grundlage eines Lageplanes des Vermessungsamtes/ des Trägers der Straßenbaulast ratsam.

Der Verkehrszeichenplan/der Antrag muss neben den Sicherungsmaßnahmen auch besondere Einzelheiten über zu ändernde Verkehrszeichen (einschl. Markierungen) im Verlauf der Arbeiten, Änderungen an arbeitsfreien Tagen sowie zur entgegenstehenden und vorhandenen Verkehrsregelung (z. B. vorhandene Beschilderung und Markierung mit Angaben über erforderliches Abdecken, Entfernen oder Ungültigmachen) enthalten.

Der (Bau-)Unternehmer muss einen Verkehrszeichenplan nur dann nicht vorlegen, wenn einer der nachfolgenden Fälle zutrifft:

1. Bei Arbeiten von kurzer Dauer und geringem Umfang der Arbeitsstelle wenn die Arbeiten sich nur unwesentlich auf den Verkehr auswirken.

(Dies setzt voraus, dass die Auswirkungen der Arbeitsstelle auf den Straßenverkehr tatsächlich so geringfügig sind, dass der Eintritt konkreter Gefahr als ausgeschlossen ist. Das ist nur sehr selten der Fall. Die Straßenverkehrsbehörden sind im Sinne der Verkehrssicherheit gehalten, diese Ausnahmeregelung zurückhalten zu handhaben.)

2. Wenn ein geeigneter Regelplan besteht und dieser unverändert übernommen werden kann.

(Die zuständige Behörde legt dann Ihrer verkehrsrechtlichen Anordnung eine bestätigte Ausführung des Regelplans bei).

3. Wenn die zuständige Behörde selbst einen Plan aufstellt.

(Auf diese Ausnahmeregelung besteht kein Anspruch. Sie kann insbesondere nur bei größeren Arbeiten, welche ein abgestimmtes Verkehrskonzept verlangen, in Betracht kommen. Es wird deshalb dringend empfohlen, die zuständige Behörde frühzeitig anzusprechen.)

6. Verantwortlicher

Als Verantwortlicher kann benannt werden, wer jederzeit direkten Zugriff auf die Arbeitsstelle vor Ort hat und über ausreichende Entscheidungsvollmachten des (Bau-) Unternehmers verfügt. Die Benennung eines Verantwortlichen schließt allerdings nicht die in erster Linie bestehende Verantwortung des (Bau-) Unternehmers aus; entscheidend sind hier die besonderen Umstände des Einzelfalles. Die zuständige Behörde kann gestatten, dass der Verantwortliche erst bis zur Errichtung der Arbeitsstelle benannt wird.

7. Überprüfung/Überwachung

Die Straßenverkehrsbehörde, die Straßenbaubehörde und die Polizei sind gehalten, Arbeitsstellen an Straßen vor Ort hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der angeordneten (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen zu prüfen und die planmäßige Kennzeichnung zu überwachen. Der (Bau-)Unternehmer muss deshalb immer mit solchen Kontrollen rechnen.

8. Kosten

Die Kosten der Beschaffung, Anbringung, Entfernung, Unterhaltung und des Betriebs von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen hat der (Bau-) Unternehmer dann zu tragen, wenn sie durch diese Arbeiten erforderlich werden (vgl. § 5 b Abs. 2 Buchst. d StVG).

9. Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig mit Arbeiten beginnt, ohne zuvor Anordnungen eingeholt zu haben, diese Anordnungen nicht befolgt oder Lichtzeichenanlagen nicht bedient (vgl. § 49 Abs. 4 Nr. 3 StVO).

Ohne Anordnung aufgestellte oder von der Anordnung abweichende Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sind nichtig und müssen von den Verkehrsteilnehmern nur befolgt werden, solange und soweit ansonsten eine Gefahr zu befürchten ist (z. B. Vorfahrtsregelung).

10. Sondernutzung

Die Benutzung der Straßen im Rahmen ihrer Widmung für den Verkehr (Gemeingebrauch) ist jedermann gestattet. Die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der (öffentlich-rechtlichen) Erlaubnis, wenn durch die Benutzung der Gemeingebrauch beeinträchtigt werden kann bzw. der (privat-rechtlichen) Gestattung, wenn durch die Benutzung der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann. Näheres kann bei der Straßenbaubehörde, ggf. auch bei der Gemeinde, erfragt werden.

III. Kennzeichnung, Verkehrsregelung, Verkehrsführung

1. Die Kennzeichnung, Verkehrsregelung und Verkehrsführung soll erfolgen

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> gemäß anliegendem (geänderten) Regelplan | <input type="checkbox"/> gemäß anliegendem Umleitungsplan |
| <input type="checkbox"/> gemäß anliegendem Verkehrszeichenplan | <input type="checkbox"/> gemäß anliegendem Signallageplan mit Signalzeitenplan |

2. Änderung der neuen Beschilderung und Markierung im Verlauf der Arbeiten notwendig

z. B. Bauphasen

3. Änderung der neuen Beschilderung und Markierung an arbeitsfreien Tagen möglich

z. B. vorübergehende Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen

4. Änderung der vorhandenen Beschilderung und Markierung, soweit ein Abdecken, Entfernen oder Ungültigmachen erforderlich

| | von (Angabe der Beschilderung und Markierung) | während (Angabe der Dauer) |
|---|---|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> Abdecken | | |
| <input type="checkbox"/> Entfernen | | |
| <input type="checkbox"/> Ungültigmachen | | |

5. Umleitung notwendig

z. B. wegen Vollsperrung

6. Einsatz einer Lichtzeichenanlage notwendig

z. B. zur Verkehrsregelung an einer Engstelle

7. Anliegerverkehr frei bis

z. B. Hausnummer X

8. Sonstiges

z. B. eingeschränkte Tragkraft, eingeschränkte Höhe, Beleuchtung

IV. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verkehrssicherung während und nach der Arbeitszeit ist:

Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer

Verantwortlich für den Betrieb; sowie die Störungsbeseitigung der Lichtzeichenanlage während und nach der Arbeitszeit ist:

Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer

V. Sondernutzung

- Es wird hiermit gleichzeitig beantragt, zu diesem Vorhaben bei dem zuständigen Träger der Straßenbaulast eine Erlaubnis/Gestattung zur Sondernutzung zu erwirken.
- Eine Erlaubnis/Gestattung zur Sondernutzung liegt bei bereits beantragt (wird nachgereicht) nicht erforderlich

VI. Erklärungen (Unterhalt, Haftung)

Es wird versichert, dass die **verkehrsrechtliche Anordnung** durch den (Bau-)Unternehmer **befolgt** wird. Insbesondere werden die angeordneten Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen angebracht, unterhalten und entfernt, sowie Lichtzeichenanlagen bedient. Es ist auch bekannt, dass der (Bau-)Unternehmer die **Kosten** der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, die durch die verkehrsrechtliche Anordnung erforderlich werden, zu tragen hat. Weiterhin wird erklärt, dass der (Bau-)Unternehmer den Träger der Straßenbaulast, sowie die Straßenbaubehörde und die Straßenverkehrsbehörde von jeder **Haftung** freistellt, welche durch das Vorhaben bedingt ist und mit ihm in ursächlichem Zusammenhang steht.

Ort, Datum

Unterschrift des (Bau-) Unternehmers

Von den beigefügten Datenschutzbestimmungen habe ich Kenntnis genommen und andere Personen, deren Daten im Rahmen dieses Antrags erhoben werden, informiert.

I: Regelpläne B I

Innerörtliche Straßen

Arbeitsstellen von längerer Dauer im Fahrbahnbereich

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|------------|--|
| 080-B I/1 | Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich oder mit geringer Einengung |
| 080-B I/2 | Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich und mit deutlicher Einengung |
| 080-B I/3 | 2streifige Fahrbahn mit geringer Einengung (Analog bei Richtungsfahrbahn) |
| 080-B I/4 | 2streifige Fahrbahn mit Verkehrsführung über Behelfsfahrestreifen (Analog bei Richtungsfahrbahn) |
| 080-B I/5 | 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung und geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen |
| 080-B I/6 | 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung - Verkehrsregelung durch Lichtsignalanlage |
| 080-B I/7 | 2streifige Fahrbahn mit Arbeitsstelle in Fahrbahnmitte |
| 080-B I/8 | 2streifige Fahrbahn mit beidseitiger Einengung mit geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen |
| 080-B I/9 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines rechten Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung - Führung über Seitenstreifen |
| 080-B I/10 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines linken Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung - Führung über Seitenstreifen |
| 080-B I/11 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines rechten Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung |
| 080-B I/12 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines linken Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung |
| 080-B I/13 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung der beiden linken Fahrstreifen |
| 080-B I/14 | 4streifige Fahrbahn mit Sperrung der Fahrstreifen einer Richtung |
| 080-B I/15 | 3streifige Fahrbahn mit Sperrung der 1streifigen Richtung |
| 080-B I/16 | 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung - Einbahnstraßenregelung - ggf. Einrichtung einer Umleitung |
| 080-B I/17 | Sperrung einer Straße - ggf. Einrichtung einer Umleitung |

II: Regelpläne B II

Innerörtliche Straßen

Arbeitsstellen von längerer Dauer im Geh- und Radwegbereich

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|------------|--|
| 080-B II/1 | Arbeitsstellen für Geh- und/oder Radwegen |
| 080-B II/2 | Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges (bei Sperrung des Gehweges analog) geringe Einengung der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog) |
| 080-B II/3 | Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges (bei Sperrung des Gehweges analog) geringe Einengung der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog) |
| 080-B II/4 | Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges und Einengung des Gehweges - Notweg auf der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog) |
| 080-B II/5 | Gehweg-Vollsperrung, Notweg auf der Fahrbahn, Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich mit geringer Einengung |
| 080-B II/6 | Gehweg-Vollsperrung, Notweg auf der Fahrbahn (bei Notweg auf dem Seitenstreifen analog), Straße mit geringer Verkehrsstärke oder im geschwindigkeitsreduziertem Bereich mit deutlicher Einengung |
| 080-B II/7 | Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Fahrbahn, Verkehrsführung über Behelfsfahrestreifen (bei Richtungsfahrbahn analog) |
| 080-B II/8 | Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Fahrbahn, halbseitige Sperrung der Fahrbahn bei geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen (bei Richtungsfahrbahn analog) |
| 080-B II/9 | Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Seitenstreifen, ohne Einengung der Fahrbahn |

III: Regelpläne B III

Innerörtliche Straßen

Arbeitsstellen von längerer Dauer im Bereich von Schienenbahnen

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|-------------|--|
| 080-B III/1 | 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbereiches nur in einer Fahrtrichtung |
| 080-B III/2 | 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbahnbereiches insgesamt |
| 080-B III/3 | 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbahnbereiches auf eigenem Gleiskörper und des rechten Fahrstreifens |

IV: Regelpläne B IV

Innerörtliche Straßen

Arbeitsstellen von kürzerer Dauer

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|------------|---|
| 080-B IV/1 | Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Einengung eines Fahrstreifens |
| 080-B IV/2 | Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Sicherungsfahrzeugen |
| 080-B IV/3 | Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Sperrung des Schienenbahnbereiches |

V: Regelpläne C I

Landstraßen

Arbeitsstellen von längerer Dauer

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|-----------|---|
| 080-C I/1 | Ohne Einengung der Fahrbahn |
| 080-C I/2 | Mit geringer Einengung der Fahrbahn |
| 080-C I/3 | Verkehrsführung über Behelfsfahrestreifen |
| 080-C I/4 | Fahrbahn halbseitig gesperrt - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen |
| 080-C I/5 | Fahrbahn halbseitig gesperrt - Verkehrsregelung durch Lichtzeichenanlage |
| 080-C I/6 | Arbeitsstelle am Übergang vom Außer- in den Innerortsbereich Fahrbahn halbseitig gesperrt |
| 080-C I/7 | 3streifige Fahrbahn Sperrung des rechten Fahrstreifens der 2streifigen Richtung |
| 080-C I/8 | 3streifige Fahrbahn Sperrung der 1streifigen Richtung |
| 080-C I/9 | Arbeitsstellenumfahrung mit Behelfsfahrbahn |

VI: Regelpläne C II

Landstraßen

Arbeitsstellen von kürzerer Dauer

Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

| | |
|------------|--|
| 080-C II/1 | Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Beschilderung auf Straßen mit geringer Verkehrsstärke (nur bei Tageslicht) |
| 080-C II/2 | Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit fahrbarer Absperrtafel (nur bei Tageslicht) |
| 080-C II/3 | Bewegliche Arbeitsstelle (nur bei Tageslicht) |
| 080-C II/4 | Arbeitsstelle für Markierungsarbeiten in Fahrbahnmitte (nur bei Tageslicht) |
| 080-C II/5 | Vermessungsarbeiten außerorts mit starker Einschränkung einer Fahrbahn im Gegenverkehr - Sicherung mit Leitkegel |



Informationsblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Art. 12 und 13 DSGVO)

Verfahren:

VMS Dr. Haller; VEMAGS

Verarbeitungstätigkeit:

Führen von Akten und Registern mit den zur Aufgabenerfüllung relevanten persönlichen Daten

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Garmisch-Partenkirchen
Olympiastraße 10
82467 Garmisch-Partenkirchen
Telefon: 08821 751-1
Fax: 08821 751-380
E-Mail: poststelle@lra-gap.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Garmisch-Partenkirchen
Datenschutzbeauftragter
Olympiastraße 10
82467 Garmisch-Partenkirchen
E-Mail: datenschutz@lra-gap.de

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten erfolgt ausschließlich zweckgebunden für die Sachbearbeitung innerhalb unserer Behörde:
Erteilen von Erlaubnissen, Ausnahmegenehmigungen oder Verkehrsrechtlichen Anordnungen auf Antrag oder von Amts wegen im Vollzug der Straßenverkehrsordnung (StVO)

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

Art. 6 DSGVO i.V.m. Art. 4 BayDSG im Vollzug der StVO insbesondere Erteilung von Erlaubnissen (§ 29) und Ausnahmegenehmigungen (§ 46); Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen (§ 45) i.V.m. Art. 13, 37 Abs. 1 BayVwVfG

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

Bei Anträgen auf Verkehrsrechtliche Anordnung oder verkehrsrechtlicher Ausnahme- genehmigung aufgrund Art. 13 Abs.2 BayVwVfG an den zuständigen Straßenbaulastträger und bei Bedarf an die zuständige Polizeiinspektion, Gemeindeverwaltung, ggf. weitere tangierte Stellen, soweit dies für die Bearbeitung des Antrags notwendig ist.

Außerdem können Sie Ihre Anträge auf die Durchführung von Großraum-/Schwertransporten auch über das Programm VEMAGS (Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte) stellen. Bitte beachten Sie dann auch die dort hinterlegten Datenschutzhinweise.

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

6. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien

Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

Ist eine Antragsbearbeitung abgeschlossen, werden die Unterlagen der/des Antragstellerin/Antragstellers archiviert und die Daten entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zwei, fünf oder zehn Jahre aufbewahrt.

Dies gilt nicht, sofern gesetzliche Bestimmungen einer Löschung entgegenstehen, die weitere Speicherung zum Zwecke der Beweisführung erforderlich ist oder Sie einer längeren Speicherung ausdrücklich zugestimmt haben.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15-18,20,21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen,
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz,
- Recht auf Datenübertragbarkeit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus:

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die weitere Sachbearbeitung im Rahmen der Antragstellung erforderlich und unerlässlich. Die Erhebung Ihrer Daten stützt sich auf Art. 6 DSGVO i.V.m. Art. 4 BayDSG hilfsweise Art. 13, 37 Abs. 1 BayVwVfG.

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden!